

(Abg. Müller [Zwickau].)

(A) richtige Antwort geben wird, dessen können Sie sicher sein.

Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat, und im Interesse des politischen und gesetzgeberischen Fortschrittes Sachsens werden wir nicht eher rasten, als bis der letzte Herrenhäusler aus dem Hause der sächsischen Volksvertretung endgültig verschwunden ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Nitzsche (Leuzsch).

Abg. **Nitzsche** (Leuzsch). Meine sehr geehrten Herren! In der Form allerdings sehr verbindlich, in der Sache aber sehr mager und wenig erfreulich hat sich der Herr Minister des Innern zu der Interpellation, die von meinen Parteifreunden eingebracht ist, geäußert. Es muß doch zugegeben werden, daß die Reformbedürftigkeit der Ersten Kammer von allen in Betracht kommenden Faktoren seit Jahr und Tag anerkannt worden ist.

Der Herr Abg. Müller hat die nationalliberale Partei für alles verantwortlich gemacht. Wir sind daran schuld, daß die Erste Kammer zunächst da ist, daß sie nicht so ist, wie sie sein soll, und daß sie vielleicht in Zukunft auch eine wesentliche Veränderung in ihrer Zusammensetzung nicht erfahren wird. Der Herr Abg. Müller hat seine Ausführungen, die ich viel schöner schon in einem Leitartikel der sozialdemokratischen Presse gelesen habe,

(Sehr richtig!)

dazu benutzt, um Ausfälle gegen die nationalliberale Partei zu unternehmen. Er hat von den zwei Meinungen der nationalliberalen Partei gesprochen und ist auf eine ganze Reihe von Fragen eingegangen, die wir jedenfalls viel richtiger behandeln, wenn der Antrag Castan über die Änderung des Wahlrechtes auf der Tagesordnung steht.

(Sehr richtig!)

Sie werden mir gestatten, wenn ich mir ein weiteres Eingehen auf die Ausführungen des Herrn Abg. Müller erspare.

(Abg. Hettner: Sehr richtig!)

Aber auch die konservative Partei hat die Reformbedürftigkeit der Kammer voll und ganz anerkannt. Es ist schon erwähnt worden, daß im Jahre 1903/04 von konservativer Seite gefordert worden ist, daß die Erste Kammer eine Zusammensetzung erfährt, die sich

anpaßt an die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse und die vor allen Dingen Rücksicht nimmt auf die Bedeutung, die Handel und Industrie in unserem sächsischen Vaterlande gewonnen haben. Der Herr Abg. Dr. Spieß hat nun heute ausgeführt, daß er den Wert der Industrie voll und ganz anerkennt und daß seine Freunde hoffen und wünschen, daß eine Reihe verfassungsmäßiger Sitze in der Ersten Kammer dem Handel und der Industrie eingeräumt werden. Aber, meine Herren, er hat seine Bereitwilligkeit sofort eingeschränkt, indem er sich zurückgezogen hat auf das Dekret aus dem Jahre 1905. Er ist der Meinung, daß das in diesem Dekret Gebotene vollständig genügt. Ich meine aber doch, daß die Frage, ob eine Vertretung, wie sie 1905 in so eingeschränkter Form vorgeschlagen war, der Bedeutung von Handel und Industrie entspricht, am besten beantwortet werden kann von den Interessentengruppen, die in Frage kommen.

Der Herr Abg. Dr. Spieß hat namens seiner politischen Freunde erklärt, daß die konservative Fraktion nicht dazu übergegangen ist, während des vorigen Landtags und auch während dieses Landtags einen Antrag zu stellen, weil die Regierung doch für ein weiteres Zugeständnis nicht zu haben ist. Ich meine, es ist nicht der richtige Weg, um vorwärts zu kommen, wenn man sich, ehe man Anträge stellt, bei der Regierung erkundigt, ob die Anträge auch Erfolg haben. Man muß durch die Wucht der Gründe die Staatsregierung davon überzeugen können, daß das, was man haben will, richtig ist.

(Sehr richtig!)

Wenn der Herr Abg. Dr. Spieß von den Vorgängen in der Deputation gesprochen hat, so hat mein Parteifreund Hettner angenommen, daß er die Vorgänge im Plenum im Auge hat, und es lag also insofern ein Mißverständnis des Herrn Kollegen Hettner vor, als er durch einen Zwischenruf diese Darstellung des Herrn Kollegen Dr. Spieß in Abrede stellte. Daß der Herr Kollege Hettner in bezug auf die Vorgänge im Plenum recht hat, geht aus folgenden Äußerungen hervor. Ich bitte den Herrn Präsidenten, einiges zitieren zu dürfen.

(Präsident: Wird gestattet.)

In der Sitzung vom 17. Februar 1910 führte der damalige Vizepräsident Opitz aus:

„Wir werden — ich darf das für meine politischen Freunde erklären — der Verweigerung der vorliegenden drei Anträge an die Gesetzgebungs-